

# Tägliche Omaha Tribune

TRIBUNE PUBLISHING CO. - VAL J. PETER, President.

Preis des Tagesblatts: Durch den Träger, per Woche 12 1/2 Cents; durch die Post, bei Vorauszahlung, per Jahr \$6.00; sechs Monate \$3.00; drei Monate \$1.50.

Preis des Wochenblatts bei Vorauszahlung \$2.00 das Jahr.

1207-1209 Howard Str. Telephone: TYLER 344. Omaha, Nebraska.  
Des Moines, Ia., Branch Office: 407-6th Ave.

Entered as second-class matter March 14, 1912, at the postoffice of Omaha, Nebraska, under the act of Congress, March 3, 1879.

Omaha, Neb., Mittwoch, den 19. Februar 1919.

## Der große Umschwung

### Bemerkenswerter Leitartikel der „New York World“ über Präsident Wilsons „Siegzehe Punkte“

Unter dem Titel „Was sie damals sagten“, brachte die „New York World“ Freitag an erster Stelle folgenden Artikel:  
„Alles, was Präsident Wilson in der Friedenskonferenz zu tun versucht, ist enthalten in den vierzehn Punkten seiner Ansprache an den Kongress am 8. Januar 1918. Selbst seine heftigsten Kritiker versuchen nicht, zu behaupten, daß seine Bedingungen irgend welche Abänderungen erfahren haben. Wogegen sie sich jetzt wenden, ist das Friedensprogramm, welches der Präsident vor dreizehn Monaten vorgeschlagen hat.“

Aber war ihre Haltung zu einer Zeit, als der Ausgang des Krieges noch in Frage war, dieselbe? Um mit den Pariser Zeitungen zu beginnen: der „Figaro“, welcher jetzt unerbittlich ist in seinen Angriffen auf den Präsidenten, schrieb über die 14 Punkte: „Präsident Wilson hat ebenso wie Premier Lloyd George, in bewundernswerter Weise die Bedingungen zum Ausdruck gebracht, welche für einen dauernden Frieden wichtig sind, der diesen Krieg zu einer großen Bewegung für die Zivilisation gestalten wird, anstatt nur zu einem riesigen blutigen Abenteuer.“

„L'Homme Libre“, Premier Clemenceau Zeitung, jubelte darüber, daß „Herrn Wilsons Gedanken die der ganzen amerikanischen Nation“ seien. „Le Petit Parisien“ sagte über jene Rede, daß sie „das feinste Stück politischer Literatur unserer Zeit“ sei. Sie gibt die Grundlage, auf welcher die Welt, nachdem sie sich von der ewigen Gefahr bewaffneter Konflikte befreit haben wird, wieder aufgebaut werden kann.“

Zwei Tage, nachdem der Präsident die Rede gehalten hatte, hielt Paul Deschanel, der bei Wiedereröffnung der Deputiertenkammer den Vorsitz führte, eine überzeugende Ansprache über den Krieg. Laut Fredebeffen von jenem Tage gab es eine „Ovation“, als P. Deschanel erklärte, daß die Ver. Staaten, von Washington bis Lincoln und von Lincoln bis Wilson, zum Glanz allgemeiner Gerechtigkeit beigetragen haben, wie sie neue Sterne zu ihrer Flagge fügten. „Aufs „Lang lebe Wilson!“ und „Lang lebe die Liga der Nationen!“ begrüßten die Worte des Redners.“

Die Meinung in England war nicht minder begeistert als die französische. Sie wurde nicht übertroffen durch dieselben republikanischen Zeitungen und Politiker, die kürzlich alle ihre Kräfte anpannen, um des Präsidenten Friedensprogramm in Paris zu hintertreiben. Sogar Herr Roosevelt brach die Rede so herzlich wie er insandte war, irgend etwas zu brechen, was Präsident Wilson sagte oder tat. Die „New York Sun“ sagte von den vierzehn Punkten zu jener Zeit, als sie zuerst veröffentlicht wurden: „Wir loben uns die bewundernswerte Genauigkeit, mit welcher Präsident Wilson die Grundzüge darlegte, die die Alliierten für einen dauernden Frieden nötig halten“, und fügte hinzu:

„Jede solche ernste Erklärung bringt den Frieden des Sieges näher, nicht eines Sieges der Herrschaft oder der Zurückhaltung oder der Vernichtung der deutschen Völker, sondern eines Sieges über die militärische Autokratie und über die selbsttätigen Herrscherfamilien, deren Abschaffung Amerika und seine Verbündeten sich zur Aufgabe machen zum Besten der Zukunft der großen und kleinen Völker dieses von Sorgen erfüllten Planeten.“

Die „New York Tribune“, in einem Leitartikel unter dem Titel „Weber alles Lob ergehen“, ist bis an die möglichen Grenzen der Lobeserhebung gegangen:

„In einem tiefen Sinn enthalten Wilsons Worte eine zweite Unabhängigkeitserklärung. Wie Lincoln vor einem halben Jahrhundert die Sklaven des Südens befreit hat, so verpflichtet jetzt Herr Wilson das Land zum Kampf für die Befreiung der Belgier und der Polen, der Serben und Rumänen. Im wahren Sinn ist Herr Wilson der Führer eines Volkes in einer Bewegung, welche sich als der letzte Kreuzzug erweisen mag.“

Das Einzige, womit die Republikaner nicht übereinstimmen, war der 3. Punkt von Wilsons Programm, wobei einige republikanische Senatoren der Furcht Ausdruck gaben, daß durch „die mögliche Niederbrechung wirtschaftlicher Grenzen“ der Präsident allgemeinen Frieden gemeint haben konnte, was, um es hier zu sagen, gerade das war, was er nicht damit meinte.

Im allgemeinen kam die Meinung der Republikaner zum Ausdruck in der republikanischen Legislatur des Staates New York in einem Beschluß vom 9. Januar 1918, welcher hier folgt:

„Beschlissen, daß Senat und Assembly des Staates New York für die Legislatur und im Namen des Volkes des Staates hiermit die Erklärung der Ziele in der Vorkriegszeit der Präsidenten gut heißen und unterstützen, und hiermit dem Präsidenten der Ver. Staaten die ersten und tief gefühlten Glückwünsche darbringen über die Art und Weise, in welcher er der Welt die Haltung der Ver. Staaten in dieser Weltkriegsflorgemacht hat.“

„Was der Krieg gewonnen war, war feindlicher Ladel der Rede des Präsidenten und die vierzehn Punkte auf die Zentralmächte beschränkt. Sonst überall wurde sie als neue Magna Charta der Nationen gepriesen. Nicht, daß diese Deutschland ergab und bedingungslos das Programm des Präsidenten als Bedingungen des Friedens angenommen hatte, zeigte sich organisierte Gegenwehr in Frankreich, England und den Ver. Staaten.“

Entweder Präsident Wilsons Friedensbedingungen werden in der Pariser Konferenz angenommen und der Friedensvertrag wird von einem republikanischen Ver. Staaten - Senat ratifiziert, oder die Nationen, welche dies ablehnen, streifen die heiligsten Grundzüge, für welche sie zu kämpfen vorgaben, ab.“

## Soldaten-Naturalisierungen

Die ausgedehnte Tätigkeit des Naturalisierungsamts des Bundes-Wehrdepartements unter den Angehörigen von Meer und Flotte hat zur Folge gehabt, daß 102,864 im Meer dienende Fremdgeborene, die noch Bürger oder Untertanen anderer Länder waren, zu amerikanischen Bürgern gemacht wurden. Es ist dies die Zahl der Naturalisierungen bis zum 11. Januar. Weitere Bewerbungen von Soldaten um das Bürgerrecht haben seit dem genannten Tage stattgefunden und sind auch für die Zukunft noch zu erwarten, obwohl in Anbetracht der schnell vor sich gehenden Abrüstung nicht mehr in so großer Zahl wie bisher.

Dieser gute Erfolg ist größtenteils durch die Milderng der Naturalisierungsvorschriften für das Militär ermöglicht worden. Man nahm an, daß ein Mann, der sich den amerikanischen Streitkräften anschloß, dadurch gewissermaßen seine ersten Papiere erlangt habe, und es nur noch der endgültigen Formalitäten bedürfte, um ihn den Reigen des amerikanischen Bürgertums einzufügen.

Erzämtern und Gerichtsbeamte wurden von Zeit zu Zeit den verschiedenen Lagern zugeteilt, und die fremdgeborenen Soldaten wurden gruppenweise naturalisiert. Man darf sich wohl der berechtigten Hoffnung hingeben, daß diese denartig naturalisierten Soldaten, trotz der Kürze des Verfahrens, ebenso gute Amerikaner sein werden wie die hier Geborenen oder die nach jahrelangem Aufenthalt und nach Erldigung der üblichen Formalitäten zur Erwerbung des Bürgerrechts zugelassenen Fremdgeborenen.

Bedienen Sie sich der Klassifizierten Anzeigen der Tribune! Der Erfolg ist überraschend - die Unkosten nur winzig.

## Interessantes aus der Bundeshauptstadt

Washington, D. C., 17. Feb. (Eigener Bericht).

— Dem Marine-Departement werden \$746,000,000 zum Ausbau unserer Flotte zur Verfügung gestellt werden. Der per Stempel übermittelte Wunsch des Präsidenten, ihm die nötigen Mittel zum Flotten-Ausbau anzuweisen, falls er einen solchen im großen Maßstabe für nötig erachten sollte, hat seitens des Hauses prompte Berücksichtigung gefunden. Es mag mit der Durchführung des Programms nicht vor Juni 1920 begonnen oder es ganz fallen gelassen werden, wenn der Präsident es so verfügt, aber die Gelder sind angewiesen, um durch rasche Beschleunigung unseres Flotten-Programms für den Schutz unserer überseeischen Interessen zu sorgen. Der Präsident hat von seinem verstorbenen früheren Kollegen Theodor Roosevelt gelernt, daß in internationalen Affären nichts wirksamer ist als ein geschickter Hinweis auf den „großen Stiel“, den die Vereinigten Staaten eventuell in Bereitschaft haben werden. Die Schwierigkeiten, welche der Präsident mit seinem Projekt der Schaffung einer wirksamen, inzigenden zur gleichzeitigen Landsee gemordern „Friedens-Liga der Nationen in Paris“ fand, ließen den Präsidenten als ein sehr geschicktes diplomatisches Manöver erscheinen. Es ist lediglich dem Widerspruch von Anglophilen vom Schilde des früheren Siffs-Bundes-Senators James W. Beck her, der bekanntlich bei den Lincoln - Wahlen in New York den Präsidenten in einer Weise angepöbelte hat, daß ein Einschießen gegen den äußeren Schleppeinträger Carl Gray, des früheren britischen Staats-Sekretärs des Auswärtigen, wohl gerechtfertigt erscheint. Leider ist bisher davon nicht die Rede. Herr Beck geht von der Ansicht aus, daß die Vorkriegszeiten vor den Wünschen Englands und Frankreichs amerikanischer Patrioten waren. Daß der Präsident in seinem Auftreten in Paris das amerikanische Volk hinter sich hat und seine Vorschläge bezüglich einer dauernden Erhaltung des Friedens gebilligt werden, geht aus den täglich sich mehrenden Kritiken hervor, welche den Kongressmitgliedern zugehen und in denen eine Liga der Nationen warm befürwortet wird.

Es ist die Anregung gemacht worden, daß vor ein Untersuchungs-Komitee des Kongresses zu laden und nicht allein ihm, sondern überhaupt die britische Propaganda gründlich bloßzustellen. Dasselben Interesse, welche im Jahre 1916 befragten, daß der Erklärung Kongressmitglied Oscar Callaway von Texas, der behauptet hatte, Wall Street, die britische Geld-Macht und die amerikanischen Munitions-Fabrikanten hätten sich durch große Summen die Unterstützung von 29 der einflussreichsten amerikanischen Tageszeitungen gesichert, auf den Grund gegangen werde, dürfte es zu Stande bringen, daß weder Herr Beck vorgeladen, noch die britische Propaganda untersucht wird. Das könnte zu unliebsamen Entfaltungen führen, deren Bekanntheit die „Staatsflugzeit“ nicht zulassen darf. Überdies ist Herr Beck deutsch-schweizer Herkunft, in Philadelphia im 1861 geboren, absolvierte das „Moravian College“ in Bethlehem, Pa., studierte dann am Wuchlenberg College, wurde Jurist und begann seine politische Laufbahn als Demokrat. Präsident Cleveland ernannte ihn 1896 zum Bundes-Direktor-Anwalt für den östlichen Distrikt von Pennsylvania während seiner Amtszeit war er Mitglied der „Deutschen Gesellschaft von Pennsylvania“, und hielt in deren Halle sogar einmal einen Vortrag. Im Jahre 1900 änderte er plötzlich sein politisches Glaubensbekenntnis und wurde Republikaner. Präsident McKinley ernannte ihn zum Siffs-Generals-Anwalt, ein Amt, das er bis 1903 bekleidete. Dann wählte er sich nach New York und wurde Staats-Anwalt. Seit Beginn des Weltkrieges vertritt er in den Vereinigten Staaten die Interessen Englands und Frankreichs. Er war maßlos nicht allein in seinen Angriffen auf Deutschland während der Zeit unserer Neutralität, sondern auch auf die Deutsch-Amerikaner, welchen dieser britische „Propagandist“ manche bittere Stunden bereitet hat. Der republikanische Partei hat er mit seiner Rede am 12. Februar den denkbar schärfsten Dienst erwiesen. Wenn sie ihn nicht energig von ihren Hochsätzen abschießt, wird sie in den Verdacht kommen, mit England zu liebäugeln. Herr Beck war es auch, der allen Erstes vor einiger Zeit den Vorschlag machte, das amerikanische Volk solle England und Frankreich die hier kontrahierten Kriegsschulden im Betrage von nahezu fünf Millionen Dollars erlassen. Ein dahin gehender Antrag ging dem Kongress zu, ist aber nicht aus dem Komitee

herausgekommen.

Während der geplante Ausbau der Flotte kaum auf nennenswerte Opposition stößt, hat der Antrag, die reguläre Armee während der Demobilisierung auf eine Stärke von 500,000 Mann und 36,000 Offizieren zu belassen, lebhaften Widerspruch hervorgerufen. Das Haus-Komitee für militärische Angelegenheiten ist für eine kleine Armee, deren Friedensstärke vor drei Jahren auf 175,000 Mann festgesetzt worden war, für allgemeine Dienstpflicht, insofern als jeder diensttaugliche junge Mann militärische Ausbildung erhalten soll, für Vorsehung der National-Garde und deren gründliche Ausbildung. Das Kriegs-Departement verlangt für das am 1. Juli beginnende Fiskaljahr eine Bewilligung von \$1,117,289,488. Der Generalstab befragte ein tieferes Heer von einer halben Million Mann. Das ist nicht viel in Anbetracht der Tatsache, daß für die britische Armee 900,000 in Aussicht genommen worden sind. Es wurde die Behauptung während der Debatte aufgestellt, daß die National-Garde-Offiziere in Frankreich hinter denen der regulären Armee zurückgelassen worden wären. Repräsentant Ashton C. Shallenberger von Nebraska, der von 1908-1910 Gouverneur des Staates gewesen war, gab die Versicherung, daß Partei-Politik aus der Armee herausgehalten worden wäre und Beförderungen nicht beeinflusst habe.

Es fehlte eine Stimme an der Zweidrittel-Majorität, die zur Ratifizierung eines Frauenstimmrechts-Amendments zur Konstitution der Vereinigten Staaten im Senat nötig war. Auf republikanischer Seite stimmten 33 Senatoren dafür und 12 dagegen, auf demokratischer 30 dafür und 21 dagegen. Bei der Abstimmung im Oktober vorigen Jahres fehlten zwei Stimmen an der Zweidrittel - Majorität. Die Frauenstimmrechtlerinnen werden im 66. Kongress, der republikanische Mehrheiten in beiden Häusern aufweist, abermals ihr Glück versuchen, und zweifellos zum Erfolg.

Zu den Ehrentagen, welche dem Andenken des verstorbenen Ex-Präsidenten Theodore Roosevelt gelten, zählt auch die Vorlage des Repräsentanten George D. Edmonds von Pennsylvania, welche bestimmt, daß der 27. Oktober, der Geburts- und Sterbetag, zu angefeiert und nationalen Feiertage gemacht werden soll. Der Antrag ist bisher noch nicht zur Abstimmung gekommen, aber verschiedene Reaktionen an den Kongress haben sich für dessen Passierung ausgesprochen.

Die Deportation der Ausländer, welche durch anarchistische und bolschewistische Propaganda das Gastrecht der Vereinigten Staaten verletzt haben, ist zwar beschlossene Sache, aber eine Frage ist noch nicht gelöst, und sie wurde am 11. Februar von Senator Penrose von Pennsylvania gestellt. Sie lautet: „Was soll geschehen, wenn die Länder, aus denen die zu Deportierenden nach den Vereinigten Staaten kommen, sich weigern, sie herauszulassen?“ Senator Jones von Washington, der auch solche Ausländer deportiert sehen möchte, die sich auf Grund ihrer ausländischen Geburt der Dienstpflicht entziehen, trotzdem sie bereits ihre Vereinigten Bürger der Vereinigten Staaten werden, erklärte, daß er, falls die Länder, aus denen sie zu deportieren sind, nicht zugestimmt werden, Senator Penrose war nicht entzückt von der Idee einer lebenslangen Erschwerung der Deportierten von den Vereinigten Staaten nach der Heimkehr und so fort. Senator Jones machte die Mitteilung, daß das Staats-Departement Einspruch gegen die Deportations-Berichte erhoben habe, weil eine ausländische Regierung bereits einen Protest dagegen eingereicht habe. Staats-Departement und Arbeits-Departement scheinen in der Deportationsfrage nicht einer Meinung zu sein. Auch das Senats-Untersuchungs-Komitee, das die bolschewistische Propaganda beleuchten sollte, hat einen schweren Stand. Einer der ersten Zeugen, Dr. George S. Simons, machte die mit Trost nach Russland zurückgekehrten Juden der Ostseite New Yorks für die Zustände in Russland verantwortlich. Das hat lebhaften Widerspruch hervorgerufen, und möglicher Weise wird die Untersuchung ebenso schnell enden, wie sie begonnen hat, da die Entzückung, welche die Veröffentlichung der „schwarzen Liste“ von Friedensfeinden und angeblichen Deutschland-Freunden seitens des Ausschusses Senator Overman's heraufbeschworen hatte, die Herren Senatoren etwas vorsichtiger gemacht

hat. Es fragt sich, ob Amerikaner, die angeblich für die Bolschewisten eintreten, überhaupt als Zeugen vorgeladen werden dürfen.

Der Siffs - Naturalisierungs-Kommissar der Bundes-Regierung, Herr Raymond F. Christ, beklagte sich über die große Zahl der Ausländer in den Vereinigten Staaten, welche keine Absichten haben, das Bürgerrecht zu erwerben. Er gab ihre Zahl auf 10,500,000 an. Schuld daran sind zum Teil auch die Naturalisations - Gerichte. Sie machen immer noch schwarze Unterschiebe zwischen Applikanten aus den Ländern der ehemaligen Zentralmächte und Abkömmlingen anderer Völker. Während einem russischen Juden bedeutet wird, er könne in wenigen Wochen sein Bürgerpapier in Empfang nehmen, wird Bewerber um das Bürgerrecht aus Deutschland, Oesterreich, Ungarn u. s. w. eröffnet, es würde wohl trotz erfolgreicher Bestehen der Bürgerprüfung ein Jahr dauern, bis sie in den Bürgerbund der Vereinigten Staaten aufgenommen werden würden.

Eine Resolution, welche von Senator Davis von Illinois eingereicht worden ist, wirft ein grelles Licht auf die gespannten Beziehungen zwischen unserem Lande und der Nachbarrepublik Mexiko. Die Konfiszierung von amerikanischen Eigentum auf Grund der Carranza-Berufungs - Revision und die angebliche Verhöhnung des Lebens von Amerikanern sollen vom Staats-Departement untersucht werden, das zugleich aufgefordert wird, dem Senat solchen Kurs zu empfehlen, der für die Regierung der Vereinigten Staaten am Angemessensten erscheint und unter der jetzigen Regierung in Mexiko das Leben und Eigentum von Amerikanern sichern würde.

Der Eingabe des Pennsylvania State Board of Agriculture, die von Senator Gronna von Nord-Dakota unterbreitet wurde und verlangt, daß alle erfahrenen Farmarbeiter sofort aus Arme und Marine entlassen werden sollen, hat sich auch die Legislatur von Wisconsin angegeschlossen. Die erigenannte Vereinigung sprach sich übrigens gegen die Verleitung von Land an entlassene Soldaten und Matrosen aus, um eine Ueberproduktion wie nach dem Rebellionskrieg zu verhindern. Sie machte darauf aufmerksam, daß damals infolge der Landanweisungen an entlassene Soldaten Mais in solcher Masse vorhanden war, daß es als Heilmittel verwendet wurde, weil das billiger war, als das Kaufen von Weizen. Der Einwand hat indessen nichts genutzt, denn die Heimstätt - Verleisungs - Vorlage wurde auch vom Senat passiert. Ein Vorschlag des genannten Senators Gronna geht dahin, für landwirtschaftliche Arbeiter, die auf Anweisung des „United States Employment Service“ reisen, eine Preisermäßigung zu gewähren, und zwar ihnen nur einen Cent pro Meile zu berechnen. Die Legislatur von Wisconsin verlangt Untersuchung der Tabaks-Industrie seitens der „Federal Trade Commission“, weil der Tabakpreis auf zwanzig Cents pro Pfund gefallen ist; der daraus entstehende Verlust wurde auf \$8,000,000 für die Tabakpflanzer geschätzt. Von der Legislatur von Oklahoma wird der Kongress in einer Denkschrift, die von Senator Gore unterbreitet wurde, angefordert, dafür zu sorgen, daß Vorkessungen getroffen werden, um den von Präsident Wilson garantierten Preis von \$2.26 pro Anfel für die diesjährige Weizenanbau aufrecht zu erhalten.

Ebenso unheimlich wie die Nachfrage nach erbeuteten deutschen Geschützen, von denen jedes Dorf mindestens eines haben möchte, ist das Verlangen nach Bundes-Gebäuden. Rester von einigen Hundert Einwohnern verlangen ein eigenes Bundesgebäude. Die Wünsche der Mehrzahl dürfen nicht erfüllt werden.

Aus Des Moines, Ia.

Des Moines, Ia., 17. Febr. — Große Vorbereitungen für die diesjährige Automobil-Echau werden getroffen und wird selbige in dem neuen großen Ford Gebäude an der 19. und Grand Avenue abgehalten werden.

Wehr als 400 Aker Land, welches im Camp Dodge für Exerzierzwecke benutzt wurde, ist bereits wieder an die Eigentümer abgetreten worden, indem kein Gebrauch mehr dafür ist.

Die Polizei arretiert Jessie Bernstein, 602 Locust Straße, wo selbiger sein Geschäft hat. Wie es sich herausstellte, hat er einem Soldaten einen Ring verkauft welcher rot Gold sein sollte, aber nur aus Messing hergestellt war.

Die Schulbehörde hat zwei Grundstücke in Aussicht für eine neue Hohenberg Schule, das eine an der 35. und Senatoren Boulevard zu \$40,000,

und das andere an der Weber Avenue und 40. Straße zu \$55,000.

Allen Anschein nach hat Gouverneur Harding zur Zeit seine Hände und vielleicht auch seinen Kopf voll, wie man oft zu sagen pflegt, mit der Rathbin Angelegenheit von Ida Co., welche jetzt von der Legislatur untersucht wird.

Mehrere Automobilunfälle kamen wieder am Sonntag vor; die Verletzten waren J. W. Campbell, 801 5. Straße, und Raymond Williams, 1515 20. Straße.

Der Grocerhändler Siegel an 14. und Walker Straße wurde am Samstag von Räubern um \$15 in feinem Laden beraubt.

Bei einer Hausdurchsuchung durch die Polizei wurden in dem Hause des Will Brown, 810 Scott Straße, mehrere Eimer Schmalz, 1/4 Hind, ein Korb voll Leber und ebenso ein Korb Kinder Jungen vorgefunden. Es wurde angenommen, daß selbige aus einer Car gestohlen wurden und der Des Moines Packing Co. gehörten.

Nord und Selbstmord wurde am Samstag abends im Heim der Frau Stella Hagg, welche von ihrem Manne, Wm. Hagg, geschieden ist, verübt. Lehterer trat in ihr Heim, um die Kinder, 9, 6 und 4 Jahre alt, zu sehen und scheint Eifersucht die Ursache gewesen zu sein. Er erschloß zuerst seine Frau und feuerte dann auf sich selbst einen Schuß ab. Er wird wohl sterben.

Von Frankreich zurückgekehrt.

Auf dem Transportdampfer Mercurius kehrten gestern noch Newport News 2,774 Mann von Frankreich zurück, unter ihnen eine Anzahl Nebraska's. Wir erwähnen: Alfred Peterson, Omaha; S. Rasmus, Ponca; Carl Bocock, Hancock; Wm. Kerling, Falls City; Alex. Deloit, Vassett; Wm. Weiß, College View; A. Radford, Randolph; Alfred Hint, Dubois; Jas. E. Hoffman, Omaha; Captain Geo. R.

Gilbert, Omaha. Unter denen auf dem Dampfer Froonland befanden sich: J. M. Simda, Columbus; S. D. Kimmie, Goldbrook; Rud. Krueger, Fremont; G. Behrens und C. Madien, Grand Island.

Violin-Abend von Olga Gitter.

Am Samstag abend, den 22. Februar, um 8 Uhr 14 Minuten gibt die jugendliche Violistin, Olga Gitter, im Brandeis Theater einen Violin-Abend unter Mitwirkung der Pianistin Hazel Arue und des Chores des Mount St. Mary Seminars. Das folgende Programm wird geboten:

1. Romantisches Konzert, Op. 36...Gobard Olga Gitter.
2. Traße De de Kaiser...Gobard Olga Gitter.
3. Unions aus dem Konzert in G-moll...Gobard Olga Gitter.
4. Aiguillemeisen, Op. 29...Gobard Olga Gitter.
5. Cui Solibus Welcome Song...Gobard Olga Gitter.

Der Reinertrag des Konzerts geht zum Besten des Fonds für einen Neubau für Mount St. Marys Seminar.

Krieg in Zentralamerika?

Washington, 19. Febr. — Acht tausend Costa Ricans sind mobilisiert worden. Sie drohen, an der Grenze zwischen Costa Rica und Nicaragua im letzteren Lande einzufallen. Nach Angaben an die Nicaragua Gesandtschaft hier, ist der Führer der Truppen Julian Prias, Premier von Nicaragua, als Gelaba Präsident war. In Nicaragua sind außer der Polizei nur 100 Ver. Staaten Truppen und die Hilfe der Ver. Staaten wird wahrscheinlich angefordert werden.

Wegen eines neuen Dach

wende man sich an die Hartshorn Ready Roofing Company 802 Süd 31. Straße Garney 2574 Arbeit garant. Leichte Bedingungen

THE  
**Tribune's English Section**

(Devoted to the interpretation and furtherance of real Americanism and true democracy; supplementing and re-enforcing our general editorial policy of expounding and defending the ideals and institutions of the American people; printed in English for the benefit of all classes; and designed to spread a knowledge of the English language among our foreign-born citizens.)

**IMMIGRATION LAW AND BOLSHEVIKI.**

FROM THE NEW YORK SUN.

It is difficult to understand why a revision of the immigration laws is advocated at this time to prevent, in the words of John B. Densmore, Director-General of the Federal Employment Service, "the spread of Bolshevism and other forms of radicalism in the United States."

Only two months before the United States declared war on Germany the Congress enacted over the President's veto the Burnett bill to regulate the immigration of aliens to, and the residence of aliens in the United States, which includes the literacy test intelligent statesmanship so steadfastly opposed.

That act provides for the most minute and searching examination of every alien applicant for admission to the United States. The alien must establish to the satisfaction of the immigration authorities his good health, his literacy, his good disposition, his good morals. If a Bolshevik presents himself he certainly may be excluded under section three of the statute, which bars, among many others, all "Persons who are members of or affiliated with any organization entertaining and teaching disbelief in or opposition to organized government, or who advocate or teach the duty, necessity, or propriety of the unlawful assaulting or killing of any officer or officers, either specific individuals or officers generally, of the Government of the United States, or of any other organized government, because of his or their official character, or who advocate or teach the unlawful destruction of property."

If an immigrant Bolshevik cannot be caught and kept out under this provision, how is he to be snared?

The proposal frequently put forward is that an absolute barrier should be erected to exclude all immigration, or the immigration of persons condemned to exclusion by some executive authority. Who is to endow this authority with such wisdom as would be required to exercise this power properly? Who shall say that a race or a nationality must be barred in toto from the United States?

The immigration act of 1917 has never been enforced. War conditions precluded the possibility of enforcing it. It is the strictest law the United States ever enacted to govern immigration, and until it has been provided ineffective under peace conditions it should be allowed to stand.

When you use the telephone you are for the time being an indispensable part of the telephone system. The operator can connect your telephone with another, but unless the person talking speaks clearly and the other listens intently the mechanism is of little value.

